



Sessionsvorschau Winter 2017

Erste Woche Nationalrat

- 27.11. Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 (17.031) Ja
- 27.11. Mo. Ständerat (WBK-SR). Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (17.3630) Ja

Erste Woche Ständerat

- 28.11. Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 (17.041) -
- 29.11. Mo. Baumann. Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (17.3860) Ja
- 29.11. Mo. Bruderer Wyss. Privatrechtliche Arbeitsverhältnisse. Lücken im Behindertengleichstellungsrecht schliessen (17.3866) Ja
- 29.11. Mo. Nationalrat (SGK-NR). Entpolitisierung der technischen Parameter im BVG (16.3350) Nein
- 29.11. Mo. Maury Pasquier. Überlebende Partnerinnen sind ganz normale Witwen (17.3679) Ja
- 30.11. Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz (16.035) Ja
- 30.11. Mo. Nationalrat (KVF-NR). Gleich lange Spiesse im Schweizer Postmarkt (17.3011) Nein
- 30.11. Mo. Nationalrat (KVF-NR). Postgesetzgebung (17.3012) Ja
- 30.11. Mo. Nationalrat (KVF-NR). Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (17.3013) Ja
- 30.11. Mo. Nationalrat (Amherd). Regional differenzierte Erreichbarkeitsvorgaben in der postalischen Grundversorgung (16.3481) Ja
- 30.11. Standesinitiative TI. Verbesserung des Poststellennetzes und Stärkung der Rolle der Gemeindebehörden bei der geografischen Verteilung der Postämter (16.320); und Standesinitiative VS. Poststellen. Unterstützung der Standesinitiative des Kantons Tessin (17.302) Ja

Zweite Woche Ständerat

- 6.12. Mo. Nationalrat (Portmann). Arbeitszeiterfassung. Sofortige Ergänzung der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (14.3677) Nein
- 6.12. Mo. Nationalrat (Bigler). Ausserparlamentarische Kommissionen auf das Notwendige reduzieren (16.3967) Nein
- 7.12. Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten. Volksinitiative (17.030) Min I

Dritte Woche Nationalrat

- 13.12. Mo. Estermann. Spätere Pensionierung der Berufsmilitär gefährdet Milizsystem! (17.3763) Ja
- 14.12. Po. CVP-Fraktion. Öffentlich-private Partnerschaft für zukünftige Infrastrukturinvestitionen (17.3527) -

Dritte Woche Ständerat

- 13.12. Mo. Nationalrat (SPK-NR). Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme (17.3270) Ja
- 14.12. Pa.Iv. SGK-SR. Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten (16.479) Nein

Erste Woche – Nationalrat

Montag, 27. November 2017

Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 (17.031): Das Verhältnis Schweiz – EU ist im Bereich Erasmus+ unbefriedigend. Mit Hilfe von einseitigen Lösungen versucht die Schweiz den Schaden in Grenzen zu halten. Mit der Botschaft des Bundesrates zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020 sollen die Mittel bereitgestellt werden, um der seit 2014 aufgebauten Lösung Kontinuität zu verleihen. Auch wenn die Lösung für die Bildung nicht optimal ist, so ist ihr doch zuzustimmen, denn gegenwärtig liegt keine andere Lösung auf dem Tisch. Eine bessere Lösung ist allerdings anzustreben.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme des Antrags des Bundesrates.

Mo. Ständerat (WBK-SR). Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (17.3630): Diese Motion verlangt vom Bundesrat, dass die Verhandlungen mit der EU schnellstmöglich wieder aufgenommen werden und die Schweiz ab 2021 wieder voll an das EU-Programm Erasmus plus assoziiert ist. Die Übergangslösung 17.031 ist nur eine Notlösung und kann nicht voll befriedigen. Ihr fehlt Rechtssicherheit in Bezug auf den Zugang zu den europäischen Programmaktivitäten und auch die Möglichkeit, bei der Programmentwicklung mitzugestalten.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Erste Woche – Ständerat

Dienstag, 28. November 2017 (Fortsetzung Mittwoch, 29. November, im Nationalrat)

Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 (17.041): Der Voranschlag 2018 sah ein Defizit von 13 Millionen Franken vor, ging aber nicht von der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 aus, die die Rechnung 2018 um 440 Millionen Franken entlasten wird. Allerdings vertritt der Bundesrat weiterhin die Meinung, dass die Haushaltslage unter Einschluss der geplanten Steuervorlage 17, die noch nicht im Zahlenwerk abgebildet ist, eng bleibt. Doch in den Finanzplanjahren 2019 bis 2021 werden Überschüsse zwischen 160 Millionen und fast einer Milliarde Franken erwartet. Der Abschluss 2018 wird gemäss den Daten der letzten Jahre den Voranschlag auf jeden Fall übertreffen. Auch 2017 wird der Abschluss beim Bund einen Einnahmenüberschuss von rund 800 Millionen Franken umfassen, obwohl ein Defizit von 250 Millionen Franken budgetiert worden war. Die Verschuldung wird gemäss Prognosen weiterhin sinken. Daher darf das Bundespersonal bei seinen Arbeitsbedingungen keine weiteren Verschlechterungen erfahren.

→ Travail.Suisse unterstützt die Vorschläge, bestimmte Beiträge für die Bildung zu erhöhen und eine Einlage von 295 Millionen Franken in den Bahninfrastrukturfonds zu tätigen. Der verbleibende strukturelle Überschuss von 245 Millionen Franken soll nicht in den Abbau der Schulden des Bundes fliessen, denn diese wurden schon ausreichend abgebaut. Der Bund muss als Arbeitgeber seinen Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse PUBLICA leisten, ohne sie zu Lohnmassnahmen zulasten des Bundespersonals zu verpflichten.

Mittwoch, 29. November 2017

Mo. Baumann. Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (17.3860): Die Motion will einen vollen innerkantonalen Lastenausgleich zwischen den Familienausgleichskassen einführen. Heute schwanken die Beiträge je nach Familienausgleichskasse stark, v.a. weil Branchen mit einem hohen Elternanteil als Arbeitnehmende und mit tiefen Lohnsummen die Leistungen nur mit hohen Beiträgen

finanzieren können. Branchen, in denen hingegen v.a. gutverdienende Kinderlose arbeiten, können mit hoher Lohnsumme und tiefen Lasten viel tiefere Beiträge festlegen. Das sind keine fairen Bedingungen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion

Mo. Bruderer Wyss. Privatrechtliche Arbeitsverhältnisse. Lücken im Behindertengleichstellungsrecht schliessen (17.3866): Die Motion verlangt, dass der Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Benachteiligungen durch private Arbeitgeber verstärkt wird. Bei Bewerbung, Anstellung und Entlohnung sollen nicht körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen im Vordergrund stehen, sondern die Qualifikationen und Fähigkeiten fair eingeschätzt und valorisiert werden. Falls sich Anpassungen der Arbeitsbedingungen, z.B. Arbeitsplatz oder Arbeitszeit, aufgrund einer Beeinträchtigung als notwendig erweisen, sollen auch diesbezüglich Verbindlichkeiten bestehen. Das geltende Obligationenrecht OR oder das Behindertengleichstellungsgesetz BehiG bieten zu wenig Schutz vor Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen in der privatwirtschaftlichen Arbeitswelt. Für die öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnisse gibt es bereits Regelungen im BehiG. Es ist Zeit, dass über Diskriminierungen aufgrund von Behinderungen in privatrechtlichen Arbeitsverhältnissen eine politische Diskussion geführt und entsprechende Gesetzeslücken geschlossen werden. Der Arbeitsmarkt muss inklusiver und diskriminierungsfreier werden. Dies kann nur geschehen, wenn die beiden Räte der Motion zustimmen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Mo. Nationalrat (SGK-NR). Entpolitisierung der technischen Parameter im BVG (16.3350): Die Motion verlangt, dass die technischen Parameter Mindestumwandlungssatz und Mindestzins entpolitisiert werden. Beide Parameter sind jedoch massgebend für die Höhe der Altersrente und deshalb per se hochpolitisch. Sie nehmen eine Garantiefunktion für die Rentenhöhe und damit für die Erreichung des Leistungsziels der Bundesverfassung wahr. Mehrmals hat man sich deshalb gegen eine fixe Formel oder gegen eine Delegation an ein politisch unabhängiges Organ entschieden. Es ist wichtig, dass in der gegenwärtigen Phase der Neuerarbeitung der Reform der Altersvorsorge keine solch starren Vorgaben gemacht werden.

→ Travail.Suisse die Ablehnung der Motion.

Mo. Maury Pasquier. Überlebende Partnerinnen sind ganz normale Witwen (17.3679): Die Motion verlangt eine Korrektur des Sozialversicherungsrechts, um die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Frauenpaaren, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, aufzuheben. Die eingetragene Partnerschaft ist im Sozialversicherungsrecht der Ehe gleichgestellt, und der überlebende eingetragene Partner wird als Witwer behandelt. Bei der AHV werden bei einer Verwitwung Männer und Frauen nicht gleichbehandelt: Witwen ohne Kinder haben Anspruch auf eine Rente, Witwer ohne Kinder hingegen nicht. Diese Ungleichbehandlung wird mit der sozioökonomischen Realität der Frauen in der Arbeitswelt begründet. Die überlebende Partnerin ohne Kind hat keinen Anspruch auf eine Witwenrente, auch wenn sie die Bedingungen der AHV erfüllt, da sie einem Witwer gleichgestellt ist. Diese Ungleichheit muss beseitigt werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Donnerstag, 30. November 2017 (Fortsetzung evt. am Mittwoch, 6. Dezember, im Nationalrat)

Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz (16.035): Die Vorlage sieht die Änderung des Elektrizitätsgesetzes und des Stromversorgungsgesetzes vor, um die Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine Verbesserung und die rechtzeitige und bedarfsgerechte Entwicklung der schweizeri-

schen Stromnetze zu optimieren. Travail.Suisse spricht sich insbesondere dafür aus, dass das Verteilnetz in der Erde verlegt werden soll, was bis 2050 Kosten von rund 7,2 Milliarden Franken mit sich bringt. Für Travail.Suisse ist dieses Gesetz nicht der geeignete Rahmen, um über die Unterstützung der Wasserkraft zu diskutieren, zumal die Situation nicht dringend ist. Denn die Grosswasserkraft soll ab 1. Januar 2018 120 Millionen Franken aus einer Prämie erhalten. Es ist aber falsch, es den Stromproduzenten zu erlauben, ihre Produktionskosten vollumfänglich auf die Haushalte abzuwälzen, wie dies der Ständerat will, und so die Durchschnittspreismethode abzuschaffen. Doch der von der UREK des Ständerates vorgeschlagene Kompromiss sieht die Beibehaltung der Durchschnittspreismethode vor, ausser bei Elektrizität aus erneuerbaren Energien und falls diese aus eigenen oder verbundenen Kraftwerken im Inland stammt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

- Travail.Suisse bittet den Ständerat, die Durchschnittspreismethode beizubehalten, die vorsieht, dass Stromunternehmen die Preisvorteile aus ihren Einkäufen am Markt anteilmässig ihren gebundenen Kunden weitergeben müssen.

Donnerstag, 30. November 2017

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Gleich lange Spiesse im Schweizer Postmarkt (17.3011): Die Motion verlangt vom Bundesrat, die heutigen Grundlagen auf Gesetzes- und Verordnungsebene dahingehend anzupassen, dass ein fairer Wettbewerb im Postmarkt Schweiz für alle Marktteilnehmer gewährleistet wird. Travail.Suisse und transfair, die Gewerkschaft des Service public, bedauern, dass diese Motion vom Nationalrat gutgeheissen wurde. Es ist zu befürchten, dass mit dieser Motion die Kosten, die der Post entstehen, nicht angemessen entschädigt werden und dass private Anbieter bevorzugt werden.

- Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung der Motion.

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Postgesetzgebung (17.3012): Diese Motion verlangt eine Anpassung der Postgesetzgebung, sodass die Messkriterien für die Erreichbarkeit auf regionaler Ebene festgelegt werden. Postagenturen müssen so eingerichtet sein, dass sie alle logistischen Produkte der Post, insbesondere im Bereich Zahlungsverkehr, anbieten können. Allerdings ist beunruhigend, dass die Agenturen, die die gleichen Dienstleistungen wie die Poststellen anbieten, hinsichtlich der postalischen Dienstleistungen nicht geschultes Personal anstellen können, das auch schlechter entlohnt wird. Dies kommt einem inakzeptablen Lohndumping gleich. Travail.Suisse hat die deutliche Annahme der Motion durch den Nationalrat begrüsst.

- Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Mo. Nationalrat (KVF-NR). Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (17.3013): Die Aufsichtsinstrumente des Bakom sollen analog zu denjenigen der Postcom auf Gesetzesebene präzisiert und mit Durchsetzungsinstrumenten ergänzt werden.

- Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Mo. Nationalrat (Amherd). Regional differenzierte Erreichbarkeitsvorgaben in der postalischen Grundversorgung (16.3481): Der Bundesrat wird beauftragt, durch eine Anpassung der Postverordnung (VPG) die Erreichbarkeitsvorgaben für das Poststellen- und Postagenturnetz sowie zu den Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs an die unterschiedlichen regionalen Verhältnisse anzupassen. Die heutige Vorgabe von 90 Prozent der Bevölkerung bezieht sich dabei auf die gesamtschweizerische Bevölkerung und stellt daher einen Durchschnitt dar. Mit anderen Worten würde es die Berücksichtigung regionaler Erreichbarkeitsvorgaben erlauben, die Unterschiede beim Zugang im ländlichen und im städtischen Raum einzudämmen. Die Aussagekraft des nationalen Durchschnitts als Indikator

ist deshalb äusserst gering und muss hinterfragt werden. Zu diesem Schluss kommt übrigens auch die Postcom.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Standesinitiative TI. Verbesserung des Poststellennetzes und Stärkung der Rolle der Gemeindebehörden bei der geografischen Verteilung der Postämter (16.320); und Standesinitiative VS. Poststellen. Unterstützung der Standesinitiative des Kantons Tessin (17.302): Die Standesinitiative des Kantons Tessin umfasst mehrere Forderungen. Eine Forderung besteht darin, dass die Postcom, wenn sie im Rahmen des Verfahrens bei der Schliessung oder der Verlegung einer Poststelle oder einer Postagentur angerufen wird, nicht nur eine Empfehlung abgibt, sondern einen anfechtbaren formellen Beschluss fasst. Ausserdem sei eine grundsätzliche Diskussion über die Angemessenheit der genannten Erreichbarkeitskriterien zu führen und das Ausbildungsniveau und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden der Postagenturen müssen verbessert werden. Die Initiative des Kantons Wallis will das Vorgehen des Kantons Tessin untermauern.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Standesinitiativen.

Zweite Woche – Ständerat

Mittwoch, 6. Dezember 2017

Mo. Nationalrat (Portmann). Arbeitszeiterfassung. Sofortige Ergänzung der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (14.3677): Die Motion verlangt einen Verzicht auf die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung in der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz, wenn eine separate sozialpartnerschaftliche Regelung zur Handhabung der Erfassung der Arbeitszeiten besteht. Auf den 1.1.2016 ist bereits ein sozialpartnerschaftlicher Kompromiss in Kraft getreten, der unter gewissen Voraussetzungen den Verzicht, resp. eine Erleichterung der Arbeitszeiterfassung ermöglicht. Eine weitergehende Regelung ist nicht angezeigt, ist doch die Erfassung der Arbeitszeit ein zentrales Instrument, um die zwingenden Normen des Arbeitsgesetzes zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmenden überhaupt garantieren zu können. Wie die eben erst veröffentlichten Ergebnisse des «Barometer Gute Arbeit» von Travail.Suisse zeigen, gehören Stress und psychosoziale Risiken, sowie abnehmenden Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Arbeitszeiten bereits heute zu den am negativsten beurteilten Punkten der Arbeitsbedingungen der Schweizer Arbeitnehmenden. Weitere pauschale Deregulierungen sind daher abzulehnen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung der Motion.

Mo. Nationalrat (Bigler). Ausserparlamentarische Kommissionen auf das Notwendige reduzieren (16.3967): Die Motion verlangt einerseits eine Reduktion der Anzahl ausserparlamentarischer Kommissionen um ein Drittel und andererseits eine Alterslimite beim Referenz-Pensionsalter für die Mitglieder dieser Kommissionen. Die ausserparlamentarischen Kommissionen übernehmen eine wichtige Funktion im Milizsystem der Schweizerischen Politik. Sie versorgen die Bundesverwaltung mit externem Fachwissen und garantieren den frühzeitigen Einbezug aller interessierten Kreise, was eine breit abgestützte und damit effiziente Entscheidungsfindung ermöglicht. Die Notwendigkeit der existierenden ausserparlamentarischen Kommissionen wird bereits heute periodisch überprüft; eine generelle Reduktion um ein Drittel ist ebenso wenig zielführend, wie eine Alterslimite. Bereits heute garantiert die Amtszeitbeschränkung eine ständige Erneuerung der Zusammensetzung dieser Kommissionen, weitere stichhaltige Gründe für den Ausschluss von Personen über dem Pensionsalter sind nicht ersichtlich.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung der Motion.

Donnerstag, 7. Dezember 2017

Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten.

Volksinitiative (17.030): Die Initiative fordert eine Streichung der Artikel 121a und 197, Ziff.11 der Bundesverfassung. Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative über Artikel 21 AuG wurde eine Lösung beschlossen, welche die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet und gleichzeitig dank der Stellenmeldepflicht die Chancen von auf dem Arbeitsmarkt diskriminierten Personengruppen verbessert. Das Hauptziel der RASA-Initiative ist aus Sicht von Travail.Suisse damit erfüllt. Eine Abstimmung über diese Initiative birgt ein grosses politisches Risiko. Für den Fall, dass die Initiative nicht zurückgezogen wird, ist deshalb ein Gegenvorschlag vorzusehen.

→ Travail.Suisse empfiehlt, der Minderheit I zu folgen.

Dritte Woche – Nationalrat

Mittwoch, 13. Dezember 2017; Vorstösse aus dem VBS

Mo. Estermann. Spätere Pensionierung der Berufsmilitär gefährdet Milizsystem! (17.3763): Im Sommer 2017 hatte der Bundesrat seine Absicht kommuniziert, das Rentenalter der besonderen Personalkategorien – neben dem Berufsmilitär sind dies auch die Grenzwächter und das versetzbare Personal des EDA – von 60 auf 65 Jahre anzuheben. Dieser Schritt hat für die betroffenen Berufskategorien massive Auswirkungen. So handelt es sich heute um austarierte Systeme, bei denen das vorzeitige Rentenalter als Kompensation für während der beruflichen Karriere erlittene Inkonvenienzen funktioniert. Im Falle des Berufsmilitärs etwa für nicht kompensierte Überzeit und Verzicht auf verschiedene Zulagen – etwa für Nacht- oder Sonntagsarbeit. Die beabsichtigte Rentenaltererhöhung würde daher zu einem starken Umbau der bisherigen Berufskarrieren führen, welcher zu erhebliche finanziellen und personellen Mehraufwendungen führen wird – nur schon beim Berufsmilitär ist mit 400 zusätzlichen Stellen zu rechnen. Die Rentenaltererhöhung ist deshalb weder aus personal- noch aus finanzpolitischen Gründen sinnvoll.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Donnerstag, 14. Dezember 2017; parlamentarische Vorstösse betreffend das EFD

Po. CVP-Fraktion. Öffentlich-private Partnerschaft für zukünftige Infrastrukturinvestitionen (17.3527): Die Möglichkeit und die Modalitäten eines öffentlich-privaten Infrastrukturfonds seien zu prüfen. Institutionelle Investoren in der Schweiz können dadurch ihre treuhänderischen Anlagen breiter diversifizieren. Travail.Suisse ist skeptisch, ob die Notwendigkeit eines solchen Fonds gegeben ist. Die finanzielle Lage der Schweiz ist sehr gut. Falls die Haushaltspolitik gelockert würde, würde dies dem Bund auch weniger Einschränkungen auferlegen, um dem Investitionsbedarf Rechnung zu tragen. Anders gesagt, könnten solche Partnerschaften die heutige Haushaltspolitik rechtfertigen, während sich Travail.Suisse für eine Flexibilisierung ausspricht.

→ Travail.Suisse empfiehlt bei einer Annahme des Postulats, dass der Bund sich entsprechend kritisch aufstellt.

Dritte Woche – Ständerat

Mittwoch, 13. Dezember 2017

Mo. Nationalrat (SPK-NR). Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme (17.3270): Nach der Rückweisung der Motion an die Staatspolitische Kommission des Ständerates zur Klärung gewisser Punkte obliegt es dem Ständerat, sich der Frage zur Verbesserung des Status der vorläufig Aufgenommenen erneut zu widmen. Wie allgemein festgestellt wird, werden die meisten der vorläufig Aufgenommenen dauerhaft in der Schweiz bleiben, daher ist der Begriff «vorläufig» verwirrend. Während der letzten Debatten über diese Motion wurde daran erinnert, dass die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen beide zur Annahme der Motion aufgerufen haben. Travail.Suisse unterstützt diese Motion ebenfalls, ebenso die Idee, die die aktuelle Lage der vorläufig Aufgenommenen verbessern soll. Die berufliche und soziale Eingliederung der vorläufig Aufgenommenen wird durch diesen bei den Arbeitgebern nur ungenügend bekannten Status beeinträchtigt. Eine aktive Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt durch die regionalen Arbeitsvermittlungen zuzulassen, wäre eine positive Option, sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine bessere Integration und ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt sind im Interesse der betroffenen Personen, aber auch der Gesellschaft im Allgemeinen. Diese Ziele finden sich insbesondere in der Fachkräfteinitiative sowie im Rahmen der politischen Bereitschaft wieder, das inländische Fachkräftepotenzial in der Schweiz zu fördern.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Donnerstag, 14. Dezember 2017

Pa.IV. SGK-SR. Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten (16.479): Das ATSG soll so abgeändert werden, dass eine genügende gesetzliche Grundlage für Observationen in Sozialversicherungen besteht. Der EGMR hatte festgestellt, dass in der Schweiz ohne ausreichende gesetzliche Grundlage Versicherte überwacht werden. Die Vorlage soll nun die Voraussetzungen einer Überwachung, die zulässigen Überwachungsmassnahmen selber und auch die Orte, an welchen eine Überwachung stattfinden darf, regeln. Die SGK-SR schießt dabei mit ihren Anträgen weit übers Ziel und über die Vorschläge des Bundesrats hinaus und schlägt aus Sicht von Travail.Suisse unverhältnismässige Massnahmen vor. Während in der Strafprozessordnung hohe Hürden für Observationen und von Gerichten kontrollierte Verfahren gelten, sollen in den Sozialversicherungen in einem Verwaltungsverfahren Grundrechte ohne unabhängige Kontrolle eingeschränkt werden. Zudem sollen der Einsatz von GPS-Trackern und Audioaufzeichnungen erlaubt werden sowie Observationen zusätzlich verlängert werden können.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Vorlage zur grundlegenden Überarbeitung zurück zu weisen. Sollte die Vorlage durchberaten werden, so empfiehlt Travail.Suisse, die Anträge der Minderheit Rechsteiner zu unterstützen.